

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Dienstag, 9. März 1982

Blatt 643

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Kritik an Krankenversorgung

Kommunal:  
(rosa)

Erhöhung der Verwaltungsabgaben  
Falsche Gerüchte um Reichsbrücke  
Kurzparkzonen: Hinweistafeln am Stadtrand  
Rinter AG: Rechtswissenschaftler überprüft den  
Vertrag

Wirtschaft:  
(blau)

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart

Nur  
über FS:

- 8.3. Neue Autobushaltestellen  
Straßenbahn zur Messe
- 9.3. Montag Trauerfeier für Elisabeth Marek  
Zwei neue Einbahnstraßen im 10. Bezirk

.....  
Bereits am 8. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

#### Kritik an Krankenversorgung

=++++

16 wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Entwicklung der Krankenversorgung in wien sowie an der Information darüber, übte ÖVP-Stadträtin Dr. Gertrude KUBIENA Montag im Rahmen eines Pressegespräches. Dr. Kubiena wies in diesem Zusammenhang auf ein vom Deutschen Krankeninstitut (DKI) in Zusammenarbeit mit der Universität Düsseldorf erstelltes Gutachten über die Krankenversorgung in Wien hin. Obwohl bereits seit einem Jahr fertig, wurde dieser Bericht bisher offiziell der ÖVP vorenthalten. Nach Meinung der Stadträtin bestätigt dieser Bericht allerdings die Kritik der Wiener ÖVP an der Wiener Gesundheitspolitik. Dies trifft unter anderem auf Mängel in der Krankenversorgung und auf zuwenige Pflegebetten in der Bundeshauptstadt zu. Die gestiegenen Ambulanzzahlen führte Kubiena in erster Linie auf die nicht zufriedenstellende ärztliche Versorgung zurück. Nach diesem DKI-Bericht erhebt sich daher die Frage, ob der bisher eingeschlagene Weg auch richtig ist, meinte Kubiena.

Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK beschäftigte sich im Rahmen des Pressegespräches unter anderem auch mit der Wochenzeitung "Wien aktuell", wobei er die Meinung vertrat, daß es sich bei dieser Zeitung auf Grund der sehr einseitigen Berichterstattung um eine Form der Parteienfinanzierung handelt. (Schluß) zi/ap

NNNN

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart (1)

Utl.: Heizbleinsparung von 190 Millionen Schilling pro Jahr

=++++

2 #Wien, 9.3. (RK-WIRTSCHAFT) Die Heizbetriebe Wien Ges.mBH., ein Unternehmen der Wiener Holding, nützt seit 1970/71 städtischen Müll zur Erzeugung von Fernwärme, seit 1980 kann auch die Kraft-Wärme-Kupplung des E-Werks Simmering für die Versorgung des innerstädtischen HBW-Netzes herangezogen werden. Seit November vergangenen Jahres ist auch das Kagraner Netz durch eine neue Verbindungsleitung mit der Innenstadt und mit Simmering verbunden. Dadurch ist Fernwärme, wie in einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, derzeit die preiswerteste Energieart in Wien.#

Der Nutzwärmepreis pro Megawattstunde kostet bei Tagstrom 1.609 S, bei Nachtstrom 1.065 S, bei Erdgas 873 S, bei Heizöl extra leicht ab Tankstelle 867 S, bei Steinkohle (Nuß 1) 789 S, bei Koks 767 S, bei Fernwärme aber nur 765 S.

In der Heizperiode 1980/81 wurden in Simmering 322.804 Megawattstunden Wärme ausgekoppelt und in das innerstädtische Netz geleitet. Pro Megawattstunde lassen sich rund 50 Kilo Heizöl schwer im Wert von 3,50 S je Kilogramm einsparen. Das ergibt eine Gesamtersparnis von 16.140 Tonnen Heizöl schwer im Wert von rund 56,4 Millionen Schilling. In der selben Heizperiode wurden in der Spittelau aus der Müllverbrennung 284.122 Megawattstunden gewonnen. Das entspricht einer Einsparung an Heizöl gegenüber konventionellen Blockheizwerken von 100 Kilogramm pro Megawattstunde und einer Gesamteinsparung von 28.410 Tonnen Heizöl schwer im Wert von 99,4 Millionen Schilling. (Forts.) we/bs

NNNN

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart (2)

Utl.: Heizöleinsparung von 190 Millionen Schilling pro Jahr

=++++

3 Wien, 9.3. (RK-WIRTSCHAFT) In der laufenden Heizperiode wurde auch das Kagraner Netz - das bisher ausschließlich vom Fernheizwerk Kagran auf ölbasis versorgt wurde - in das Verbundnetz einbezogen. Dadurch können nun auch die UNO-City, das Donauzentrum, das Motorenwerk von General Motors sowie rund 15.000 Wohnungen von Simmering und der Spittelau aus mit Fernwärme beliefert werden. Eine Hochrechnung für die gesamte Heizperiode ergibt daher eine Gesamteinsparung von 190,4 Millionen Schilling pro Jahr, das entspricht 54.400 Tonnen Heizöl schwer.

An einem sehr kalten Wintertag lassen sich Einsparungen erzielen, die fast eine Million Schilling betragen. Am 22. Jänner wurden beispielsweise 5.323 Megawattstunden aus der Kraft-Wärme-Kupplung entnommen, die Einsparung an Heizöl belief sich daher auf 931.525 Schilling.

In der Heizperiode 1982/83 wird auch das Versorgungsnetz des Fernwärmewerks Süd mit der Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering verbunden sein. Damit können unter anderem die Per Albin Hansson-Siedlung, der Großgrünmarkt in Inzersdorf und einige Industrieunternehmungen preisgünstiger versorgt werden.

Zu den wirtschaftlichen Vorteilen der Fernwärme kommt außerdem die positive Auswirkung auf die Umwelt. Durch die jährliche Einsparung von mehr als 54.000 Tonnen Heizöl schwer gelangen rund 2.700 Tonnen Schwefeldioxid weniger in die Atmosphäre Wiens.

(Schluß) we/bs

NNNN

## Erhöhung der Verwaltungsabgaben

=++++

5 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung der Wiener Landesregierung wurde Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR mit den Stimmen der SPÖ eine Erhöhung der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren um durchschnittlich 20 Prozent beschlossen. Die letzte Erhöhung erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980. Die nunmehrige Erhöhung wurde von Finanzstadtrat Mayr damit begründet, daß man nicht längere Zeiträume abwarten sollte, da dann die Erhöhung umso höher ausfallen müßte.#

Stadtrat Dr. Günther GOLLER (ÖVP) kritisierte, daß die Erhöhung von Verwaltungsabgaben an den Verbraucherpreisindex gebunden wird. Außerdem ist, so Goller, der entsprechende Antrag erst kurzfristig, gestern Montag, vorgelegt worden.

## #Zwtl.: Neuer Direktor für die Wiener E-Werke

Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag in seiner Sitzung den bisherigen Technischen Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-E-Werke, Dipl.-Ing. Helmut KASTL, zum neuen Direktor der E-Werke zu bestellen.#

Dipl.-Ing. Kastl, Jahrgang 1937, trat 1963 bei den Wiener E-Werken ein, wurde als Referent für elektrische Anlagen verwendet, beschäftigte sich ab 1969 mit Planungsarbeiten für ein neu zu errichtendes Kraftwerk und wurde im Herbst 1973 mit der Werkleitung für das Kraftwerk Donaustadt betraut. Ab Oktober 1978 war Dipl.-Ing. Kastl Technischer Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-E-Werke. Kastl tritt die Nachfolge des bisherigen E-Werks-Direktors Dipl.-Ing. Arnold POPPER an. (Schluß) sei/gg

NNNN

## Falsche Gerüchte um Reichsbrücke

=++++

6 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Zu Gerüchten um die neue Reichsbrücke nahm am Dienstag Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN im Pressegespräch von Bürgermeister Leopold GRATZ Stellung. In den letzten Wochen hatte ein anonymes Anrufer gegenüber mehreren Wiener Tageszeitungen die Behauptung aufgestellt, daß bei U-Bahn-Testfahrten so starke Schwingungen aufgetreten seien, daß nur ein eingeschränkter U-Bahn-Betrieb möglich sein werde. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage. Es stimmt nicht einmal, daß in der Reichsbrücke bereits U-Bahn-Testfahrten stattgefunden haben, da es noch gar keinen Stromanschluß gibt. Hofmann legte ein Schreiben der "Arbeitsgemeinschaft Reichsbrücke der Ziviltechniker" (Dipl.-Ing. Alfred POPPER und Prof. Dipl.-Ing. Rupert SCHICKL) vom 8. März 1982 vor, in dem klargestellt wird, daß die Tragwerke der Reichsbrücke durch den U-Bahn-Betrieb nicht gefährdet werden. #

Der Projektleiter der Brückenbauabteilung des Magistrats, Dipl.-Ing. Dr. Josef PELZ in der Pressekonferenz: "Eine Beeinträchtigung der Sicherheit der Brückentragwerke durch den U-Bahn-Betrieb ist auszuschließen". Die U-Bahn wird am 3. September 1982 planmäßig den Betrieb über die neue Reichsbrücke nach Kagran aufnehmen. (Schluß) ger/bs

NNNN

Kurzparkzonen: Hinweistafeln am Stadtrand

=++++

7       Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wienbesucher werden in Zukunft durch Hinweistafeln am Stadtrand auf die Gebührenpflicht der Kurzparkzonen in der Bundeshauptstadt aufmerksam gemacht. Das Aufstellen der rund 300 Hinweistafeln muß als Serviceleistung verstanden werden und hat keinen rechtlichen Charakter, stellte Finanzstadtrat Hans MAYR in einem Pressegespräch am Dienstag fest. #

      Eine Änderung des Parkometergesetzes wurde am Montag im Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik einstimmig beschlossen und wird am Freitag dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt. Sollte eine bundeseinheitliche Regelung der Kennzeichnung von gebührenpflichtigen Kurzparkzonen kommen, braucht das Wiener Parkometergesetz nicht mehr geändert werden.  
(Schluß) lei/ap

NNNN

Rinter AG: Rechtswissenschaftler überprüft den Vertrag  
Utl.: Februar-Rechnung vorläufig nicht ausbezahlt

=++++

8 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Es sei das Verdienst des Stadtrates Heinz NITTEL gewesen, hinsichtlich der Müllbeseitigung entsprechende Vorkehrungen getroffen zu haben, stellte Stadtrat Josef VELETA im Bürgermeistergespräch fest. Die mit der Rinter AG vereinbarten Vertragsbedingungen wurden im Gemeinderat einstimmig gutgeheißen. Das Werk wurde errichtet, ging im Juli des Vorjahres in Betrieb und wurde am 2. Dezember 1981 eröffnet. Da die Anlage aus verschiedenen Bauteilen zusammengesetzt ist, kam es zu den bekannten Schwierigkeiten hinsichtlich der Müllverwertung.

Er habe die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) angewiesen, sämtlichen Müll, der nicht für die beiden Müllverbrennungsanlagen oder zur Beseitigung durch die EBS bestimmt ist, zu Rinter zu bringen, sagte Veleta. Weiters habe er die MA 48 beauftragt, bei jeder monatlichen Abrechnung mit ihm Kontakt aufzunehmen. Die Magistratsdirektion wurde von Veleta ersucht, den Vertrag zwischen der Stadt Wien und Rinter zu überprüfen.

Darüber hinaus wurde ein unabhängiger Rechtswissenschaftler, Prof. Dr. BARFUSS, mit der rechtlichen Überprüfung des Vertrages beauftragt. Von Dr. Barfuß wurde die Rinter AG angewiesen, ihre Vorstellungen hinsichtlich Probetrieb und finanzieller Abgeltung entsprechend der erbrachten Leistung bis 19. März bekanntzugeben.

Die Rechnung der Rinter AG für Februar sei vorläufig nicht ausbezahlt worden, erklärte Veleta. Es liege nicht im Interesse der Stadt Wien, daß Rinter in Konkurs gehe.

Hinsichtlich der EBS stellte Stadtrat Veleta fest, die Pachtung des Unternehmens durch die MA 30 (Kanalisation) umfasse die Nutzung dieses Betriebes. Von der MA 48 sei ein Pauschalbetrag wegen erfolgter Anlieferung von Sondermüll geleistet worden. Seitens des Kontrollamtes wurde der Abschluß eines Verwaltungsübereinkommens zwischen der MA 48 und der MA 30 angeregt, um hinsichtlich der Sondermüll-Lieferungen eine Entlohnung nach Leistung zu ermöglichen.  
(Schluß) we/gg